

"Helvetia" schlingert durch die Masseneinwanderungs-Initiative

Februar 2014

1. Im Februar 2014 beschloss das Stimmvolk: A: Die Schweiz regelt die Einwanderung selbständig. B: Es werden jährliche Kontingente festgesetzt.
2. Die Stimmbeteiligung betrug knapp 57%. 50.3% waren dafür, 49.7% dagegen.
3. Die Kantone äusserten sich deutlicher: 14.5 waren dafür, 8.5 dagegen.

Fazit:

- Etwa 1/4 der Schweizerinnen und Schweizer, die stimmen können, wollen die Einwanderung selbständig regeln, sie nicht von der EU diktieren lassen und Kontingente festlegen.
 - Etwa 1/4 der Schweizerinnen und Schweizer, die stimmen können, wollen die Einwanderung nicht selbständig regeln, sie von der EU diktieren lassen und deshalb auch keine Kontingente festlegen.
- Der Rest, etwa die Hälfte des Stimmvolks, äusserte sich nicht. Ihm ist es wahrscheinlich egal.

ECOPOP verlangt Kontingente

Obwohl die Vorsteherin des EJPD (ich glaube schon am Tage nach der Abstimmung) versprach, die MEI "zügig" umzusetzen, ^[1] geschah lange Zeit nichts.

Weil das Stimmvolk, jedenfalls seine bessere (oder aktive) Hälfte bereits (ungute) Erfahrungen hatte sammeln können, wenn es um die Beziehungen der Schweiz zur EU ging, legte eine besorgte Gruppe eine weitere Initiative zur Abstimmung vor. Darin wurden diese Kontingente, über die bisher nur gemunkelt ^[2] worden war, konkretisiert:

"Die ständige Wohnbevölkerung in der Schweiz darf infolge Zuwanderung im dreijährigen Durchschnitt nicht um mehr als 0,2 Prozent pro Jahr wachsen."

Abstimmung: 30.11.2014

Stimmbeteiligung: knapp 50%

Ja: knapp 26%

Nein: gut 74%

Die (bessere oder aktive) Hälfte des Stimmvolks wollte mehrheitlich keine bezifferbaren Kontingente. Die andere blieb zu Hause.

Stimmvolk

Was das (ganze oder halbe) Stimmvolk eigentlich will, ist deshalb und komischerweise nicht genau bekannt. Zum Beispiel möchte es Kontingente; aber es ist ihm egal, wie gross die sind, wenn es sie nur gibt.

Sonderbare Zahlen

Im Vorfeld zur Abstimmung vom 30.11.2014 bekam man sonderbare oder schon skurrile Zahlen zu hören, auch von Seiten jener Leute, die sich eigentlich für die MEI einsetzten.

Da wurde behauptet, dass bei Annahme dieser Initiative nur noch maximal 16'000 Personen einwandern dürften. Dies bedeutete quasi den Gnadenschuss für das Funktionieren der Schweiz, vor allem der Wirtschaft.

Das war irreführend - anders kann man es nicht bezeichnen. Die von der Initiative vorgeschlagenen 0.2% bezifferten einen Zuwachs der ständigen Wohnbevölkerung. Ein Zuwachs ist die Differenz zwischen Ein- und Auswanderern. Wenn man die Zahlen von 2012 betrachtet, dann stellt man fest, dass pro Jahr etwa 100'000 aus der Schweiz auswandern. Fazit: Es hätten bei Annahme von ECOPOP nicht nur 16'000, sondern 116'000 einwandern können.

Das sind immer noch viel mehr als die 8'000 bis 10'000, von denen man beim Abschluss der PFZ ausging.

Ich habe damals auf diese - wie soll ich es nennen? vielleicht Desinformation - hingewiesen. Die Antworten waren etwa: Und wenn diese Auswanderer wieder zurückkommen? Na, und? Dann sind es wieder Einwanderer und müssen auch eine Arbeitsstelle finden.

Biegsame Politiker

Was schliessen nun biegsame Politiker beiderlei Geschlechts aus diesen Tatsachen?

Zuerst einmal muss man feststellen, dass es ihnen kaum um die Sache und das Wohl unseres Landes, was immer das auch ist, geht. Es geht ihnen vor allem darum, ihr Amt zu behalten. Sie wollen ihren Sitz nicht aufgeben. Schliesslich ist es ihr Einkommen. Es gibt sogar welche, die trotz mangelnder charakterlicher oder intellektueller Eignung durch die Politik zu Ansehen, Macht und etwas Vermögen kommen. Es ist ihnen auch egal, ob die Schweiz in der EU untergeht oder nicht. Sie interessieren sich nur für Ratssäle und breite Wandelhallen voller Lobbyisten. (Bisschen gehässig, aber wahrscheinlich nicht völlig falsch formuliert.)

Biegsame Politiker beiderlei Geschlechts schliessen also: Das Stimmvolk bleibt entweder zur Hälfte zu Hause oder weiss nicht, was es will und scheut vor konkreten Massnahmen zurück. Also machen wir daraus etwas anderes, etwas, was vor allem uns dient, aber weder vorgesehen war noch von jemandem benötigt wird.

Das ist unter dem Motto "Viel Geschrei um nichts" nun auch geschehen. Der Berg hat nicht eine Maus, sondern eine Amöbe geboren.

Vortritt light für Eidgenossen

Dezember 2016, Vorschlag der FDP

"In Berufsgruppen mit hoher Arbeitslosigkeit müssen offene Stellen den Arbeitsämtern gemeldet werden. Firmen werden unter Strafdrohungen verpflichtet, geeignete arbeitslose Inländer zum Bewerbungsgespräch einzuladen. Ablehnungen müssen sie begründen." [3]

Bei genauem Lesen

kann man feststellen, dass der Vorschlag der FDP weder mit der MEI (Schweiz regelt die Zuwanderung selbständig und definiert Kontingente) noch der ECOPOP (Höhe der Kontingente) etwas zu tun hat.

Betrachten wir zur Verdeutlichung einen Vergleich:

- Es werden zum Beispiel dringend bessere bauliche Massnahmen zum Schutze gegen Hochwasser benötigt.
- Parlament und Regierung schlagen nun vor, die Wettervorhersagen zu verbessern.

Umsetzung light

Wenn man will, kann man auch formulieren: Bundesrat und Bundesparlament haben die Masseneinwanderungs-Initiative „light“ umgesetzt. Die Forderung, die Schweiz solle die Einwanderung selbständig regeln, wurde erfüllt: Sie hat sie tatsächlich selbständig geregelt – allerdings unter einem gewissen Drucke.

Quellen

[1] <http://bazonline.ch/schweiz/Schuldzuweisungen-vor-dem-Gang-nach-Bruessel/story/29462245?track>

[2] "Ich war von allem Anfang an gegen die Personenfreizügigkeit. Dann musste ich gegen meine Meinung den Gesamtbundesrat vertreten. Übrigens hat das Volk damals zugestimmt, weil der Bundesrat versprochen hat, es würden nicht mehr als 8'000 Personen (Einwanderer minus Auswanderer) zuwandern. Seit der Öffnung 2007 kommen jedes Jahr 80'000, also zehnmal mehr!"

http://www.blocher.ch/uploads/media/WEW_49_033_PFZ_INTI_BLOCHER.pdf

[3] <http://www.blick.ch/news/politik/heute-zuwanderungs-debatte-mueller-vorrang-im-staenderat-id5828903.html>